

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) – Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

Drucksache 20/8794

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU vor.

Für die Aussprache ist eine Dauer von 26 Minuten vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Markus Herbrand für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP – Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Immer gefährlich!)

Markus Herbrand (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Wir haben die angeregten Debatten im Ausschuss schon hinter uns. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kampf gegen Geldwäsche, Organisierte Kriminalität und Terrorismusfinanzierung ist und bleibt eine Daueraufgabe und steht vor ständig großen Herausforderungen. Leider ist das Verbrechen oft besser organisiert als die Verbrechensbekämpfung, und das wollen wir ändern.

Gerade das föderal geprägte Deutschland ist besonders anfällig, weil kriminelle Sachverhalte auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen und von unterschiedlichen Akteuren bearbeitet werden. Die Arbeit der Financial Intelligence Unit als übergeordneter Filter- und Vorermittlungsbehörde ist daher von großer Bedeutung, und die politische Unterstützung aller sollte selbstverständlich sein.

(B)

Die FATF-Prüfung im vergangenen Jahr hat Schwächen benannt und deutlich gemacht, an welchen Punkten Verbesserungsbedarfe bestehen. Ich bin Bundesfinanzminister Christian Lindner sehr dankbar dafür, dass er sich seit Beginn seiner Amtszeit mit aller Kraft für die Ertüchtigung der Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung eingesetzt hat. Seine Reformvorschläge für die FIU und der vereinbarte Aufbau einer neuen Bundesoberbehörde zur Bekämpfung der Finanzkriminalität sind nach unserer festen Überzeugung der richtige Weg. Die gesetzlichen Anforderungen an die Arbeit der FIU stehen dabei in einem Spannungsverhältnis zwischen den internationalen Empfehlungen der FATF, den Anforderungen der EU-Geldwäscherichtlinie und den Erwartungen der Öffentlichkeit und der Strafverfolgungsbehörden.

Mit dem vorliegenden Gesetz wird nun erstens die FIU stärker und klarer an ihrem Kernauftrag, der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, ausgerichtet.

Zweitens wird Klarheit darüber geschaffen, dass die FIU bei der Erfüllung dieser Aufgaben einen risikobasierten Ansatz anwenden kann – einen Ansatz, der international bei der Geldwäschebekämpfung absolut üblich ist.

Drittens wird konkretisiert, dass und unter welchen Voraussetzungen auch automatisierte Verfahren bei dieser Arbeit eingesetzt werden können. Dabei sorgen wir für eine vernünftige und auch grundrechtskonforme Abwägung der unterschiedlichen Interessen von Verbrechensbekämpfung und Datenschutz.

(C) Viertens wird die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Behörden, insbesondere Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden, deutlich verbessert.

Fünftens stellen wir sicher, dass durch ein neugeschaffenes Gremium die parlamentarische Kontrolle über die Arbeit der FIU gewährleistet bleibt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Gesetz befähigt die FIU nun, mehr Licht ins Dunkel der Geldwäschebekämpfung in Deutschland zu bringen. Zweifels- ohne bedarf es allerdings weiterer Reformen struktureller Art. Diese sind mit dem Aufbau der Bundesbehörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität bereits sehr konkret geplant. Schon sehr zeitnah werden wir uns auch mit dem entsprechenden Gesetzentwurf im Parlament beschäftigen.

Das hier in Rede stehende Gesetz nimmt die notwendigen rechtlichen Anpassungen vor, um möglichst kurzfristig effektive Arbeitsprozesse der Zentralstelle bei der Analyse und Weiterleitung von Verdachtsmeldungen sicherzustellen und Rechtsklarheit in der Aufgabenwahrnehmung durch eine risikobasierte Arbeitsweise zu schaffen.

Ich möchte mich vor allem bei meinen Berichter- statterkollegen Frau Grützmacher und Herrn Dr. Zimmermann für die sehr konstruktive Zusammen- arbeit in diesem Fall bedanken. So geht Ampel.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ- NEN – Fritz Güntzler [CDU/CSU]: Wir haben euch getrieben zu guten Ergebnissen! – Gegen- ruf des Abg. Carlos Kasper [SPD]: Schön wär's! – Weiterer Gegenruf des Abg. Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Ja! Deswegen ist es auch ein Schnellläufer geworden!)

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun Matthias Hauer das Wort

(Beifall bei der CDU/CSU – Fritz Güntzler [CDU/CSU]: Jetzt müsst ihr zuhören!)

Matthias Hauer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute beschließt die Ampel den Freifahrtschein für die deutsche Antigeldwäschereinheit FIU.

(Markus Herbrand [FDP]: Um Gottes willen!)

Damit sorgt die Ampel dafür, dass Deutschland ein attraktiver Standort wird, zumindest für Geldwäscher.

(Stephan Thomae [FDP]: Na, na, na!)

Wir als CDU/CSU halten das für einen großen Fehler. Wir wollen, dass bei Geldwäsche und bei Terrorismusfinanzierung genau hingeschaut wird.

(Stephan Thomae [FDP]: Wir auch!)

Den Kriminellen muss konsequent das Handwerk gelegt werden.

Matthias Hauer

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Nina Warken
[CDU/CSU]: Ganz genau! – Fritz Güntzler
[CDU/CSU]: So ist das! – Markus Herbrand
[FDP]: Dann müsst ihr zustimmen!)

Das wird mit dem Ampelgesetz aber gerade nicht gelingen. Ganz im Gegenteil: Mit dem Freifahrtschein werden die seit Jahren bestehenden Missstände nun zur Normalität gemacht. Die Ampel schraubt die gesetzlichen Vorgaben so weit runter, dass die FIU sie endlich einhalten kann.

(Markus Herbrand [FDP]: Um Gottes willen!
Reden wir über das gleiche Gesetz?)

Heute hat das BKA das Bundeslagebild Organisierte Kriminalität für 2022 vorgestellt. Knapp 1 Milliarde Euro kriminelles Geld wurden im letzten Jahr, so das Ergebnis aus den geführten Verfahren, gewaschen. Und das ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt der Geldwäscheaktivitäten in Deutschland, der für uns sichtbar ist. Auf der anderen Seite wurden im Deliktsbereich Geldwäsche Vermögenswerte in Höhe von „nur“ 9,4 Millionen Euro vorläufig gesichert, und dieser Betrag hat sich gegenüber dem Vorjahr sogar halbiert. Der Anteil der Gelder, die sichergestellt werden konnten, ist also verschwindend gering.

Unter den Finanzministern Olaf Scholz und Christian Lindner wurde die Geldwäschebekämpfung in Deutschland leider stiefmütterlich behandelt und vor allem eines: schöneredet.

- (B) Olaf Scholz behauptete im Finanzausschuss vor zwei Jahren, dass keine Bearbeitungsrückstände bei Geldwäscheverdachtsmeldungen vorlägen. In Wahrheit war der Rückstand schon damals beträchtlich. Olaf Scholz behauptete weiter, dass künstliche Intelligenz zum Einsatz käme. Auch das stimmte nicht.

Und unter Christian Lindner? Da ging der Tiefschlaf bei der Rechtsaufsicht über die FIU leider weiter. Die Bearbeitungsrückstände wuchsen und wuchsen. Am Ende musste sogar der FIU-Chef gehen.

Bearbeitungsrückstände kann es jetzt nach der Ampeldefinition allerdings nicht mehr geben; es verlängert sich einfach nur die Bearbeitungsdauer. Das ist Schönfärberei. Das Problem besteht fort, und künstliche Intelligenz kommt nach Jahren immer noch nicht zum Einsatz.

Der Antigeldwäseeinheit werden mit dem Gesetz alle Freiheiten gegeben, bei Hinweisen auf Geldwäsche oder auf Terrorismusfinanzierung einfach wegzuschauen. Zudem wird die FIU bei Hinweisen auf sonstige Straftaten sogar per Gesetz gezwungen, sie nicht mehr zu analysieren und somit zu ignorieren. Das wird vor allem Kriminelle freuen. Und welcher konkrete Schaden dadurch entstehen wird, dass Geldwäsche, Finanzierung von Terror oder sonstige Straftaten unerkannt bleiben, werden wir nie erfahren, weil diese Taten im Dunkelfeld bleiben.

(Markus Herbrand [FDP]: So ein Quatsch! Das ist einfach falsch!)

Das könnte alles sein: von Geldwäsche im großen Stil über Fälle wie Wirecard bis hin zur Finanzierung von Terrorismus.

- (Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Das stimmt überhaupt nicht!)

(C)

Das hat die Anhörung gezeigt.

(Fritz Güntzler [CDU/CSU]: So ist es!)

Was selbst aus Reihen der Ampel als „kriminalpolitische Bankrotterklärung“ bezeichnet wurde, soll nun Gesetzeslage werden. Mit dem Ampelgesetz wird das Geldwäscheschlaraffenland Deutschland ein Stück paradiesischer. Das Herzstück der neuen Ampelregelung ist der risikobasierte Ansatz. Der hat zwei Kernelemente: Erstens darf die FIU nun Risiken, die sie für wichtiger hält als andere, selbst bestimmen, auch wenn andere ebenfalls zu Geldwäschetaten führen. Zweitens muss die FIU die eingehenden Hinweise nur dann beachten, wenn eines ihrer selbst festgelegten Risiken betroffen sein könnte.

Die FIU benutzt übrigens Stichwortfilter. Das sind Werkzeuge, die man auch zum Durchsuchen von E-Mails benutzt. Diese Jagd auf Geldwäscher mittels Stichwortsuche hat bisher so schlecht funktioniert, dass man das im April eingestellt hat. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes können diese untauglichen Filter nun wieder eingesetzt werden.

Beide Elemente des risikobasierten Ansatzes bei der FIU wurden übrigens bei Deutschlands Geldwäscheprüfung von der internationalen FATF deutlich kritisiert. Die FATF sagt erstens, dass die von der FIU bestimmten Risiken an den Bedürfnissen der Strafverfolgungsbehörden vorbeigehen – das steht im FATF-Bericht beispielsweise auf den Seiten 49 und 63 –, und zweitens, dass die FIU keine adäquaten Werkzeuge für die Priorisierung von Geldwäscheverdachtsmeldungen hat – das steht im FATF-Bericht beispielsweise auf den Seiten 67 und 69. Wenn in Deutschlands Geldwäscheinzeugnis also steht, dass die FIU unpassende Risiken bestimmt und gar keine Werkzeuge hat, um Verdachtsmeldungen zu priorisieren, dann sollte man der FIU jedenfalls nicht auch noch freie Hand lassen, so wie die Ampel das will.

Dann titelte die „Tagesschau“ vor zwei Wochen auch noch – Zitat –: „Millionenvorhaben zur Geldwäschebekämpfung gestoppt“. Es wurde bekannt, dass die Ausschreibung für die Entwicklung künstlicher Intelligenz für die FIU aufgehoben wurde. Selbst ein SPD-Kollege hat zutreffend bemerkt, dass es bald ein Gesetz für FIU-KI gibt, aber gar keine FIU-KI.

Wer die erste Lesung des Gesetzes verfolgt hat, der weiß: Der neue Leiter der FIU hat gesagt, die Technik der FIU könne man mit einem Golf I vergleichen – 1974, als er auf den Markt kam, sicherlich ein tolles Auto. Während kriminelle Geldwäscher, die ja eher andere Autos bevorzugen, mit immer neuen Methoden Beute machen, schickt die Ampel die FIU also mit einem Golf I auf Geldwäscherjagd, einem Oldtimer, der noch nicht mal von der FATF den TÜV bekommen hat.

(Carlos Kasper [SPD]: Und deswegen stimmt ihr zu!)

Mit dem Stopp der Ausschreibung für die Entwicklung künstlicher Intelligenz haben Sie von der SPD und auch die Ampelfreunde sich von einer zeitgemäßen Geldwäschebekämpfung verabschiedet. Deshalb lehnen wir

(D)

Matthias Hauer

- (A) das Gesetz ab. Wir fordern stattdessen, dass die FIU sämtliche Meldungen analysiert, sinnvolle Prioritäten setzt und endlich den sachgemäßen Einsatz von künstlicher Intelligenz sicherstellt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Nina Warken [CDU/CSU]: Jawoll! Das war überzeugend!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat Dr. Jens Zimmermann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Fritz Güntzler [CDU/CSU]: Das ist ja eine Geldwäscherkoalition! – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU], an den Abg. Dr. Jens Zimmermann [SPD] gewandt: Ziehen Sie jetzt das Gesetz zurück!)

Dr. Jens Zimmermann (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geldwäsche ist natürlich zum Beispiel auch ein großes Thema, wenn man im großen Maßstab Maskendeals macht. Deswegen kennt sich der Kollege von der Union offenbar auch so gut mit dem Thema aus.

- (B) (Beifall bei der SPD – Matthias Hauer [CDU/CSU]: Das ist ja eine Unverschämtheit! Nehmen Sie das gefälligst zurück! Wollen Sie mich hier persönlich angreifen? Was soll das denn heißen? Nehmen Sie das zurück! Wollen Sie mir was unterstellen? Also bitte! Das ist ja eine Unverschämtheit! – Nina Warken [CDU/CSU]: Das geht gar nicht!)

– Ich habe doch gar nicht –

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Wie schlecht muss Ihr Gesetz sein, dass Sie hier persönlich werden!)

– Lieber Herr Kollege Hauer, auch wenn Sie das Gefühl haben, dass sich die ganze Welt nur um Sie dreht,

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Sie haben mich angesprochen!)

habe ich eine Information für Sie: Das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Anja Schulz [FDP] – Matthias Hauer [CDU/CSU]: Was sagen Sie? Sie sind ja noch schlimmer als Pöbel-Schrodi!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was wir hier gerade erlebt haben von dem Kollegen der Union, kann man nur als postfaktisch bezeichnen. Denn das, was er hier vorgeführt hat an vielen Stellen,

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Das ist der Stil der SPD!)

sind die richtigen Stichworte; aber es wird dann immer gezielt etwas weggelassen, oder es wird irgendwie in die falsche Richtung gedreht.

- (C) (Matthias Hauer [CDU/CSU]: Sie können Ihre Rede nutzen, um das klarzustellen! – Gegenruf von der SPD: Hören Sie mal zu, Herr Hauer!)

Ich bringe mal ein konkretes Beispiel – lieber Herr Kollege Hauer, das müssen Sie jetzt ertragen –: Sie sagen, dass dann die sonstigen Straftaten plötzlich hinten runterfallen würden.

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Genau! Die werden nicht mehr analysiert!)

Dann haben Sie eben als Beispiele so etwas wie Terrorismusfinanzierung oder Wirecard genannt. Wenn Sie auch mal zugehört hätten, hätten Sie mitbekommen, dass es sich dabei um Straftaten handelt, die alle ein Strafmaß von unter einem Jahr haben. Also, wenn Terrorismusfinanzierung bei der Union jetzt mit weniger als einem Jahr Gefängnis geahndet wird, dann haben wir ein ganz anderes Problem, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Matthias Hauer [CDU/CSU]: Sie haben meine Rede nicht verstanden! Sie haben einfach die Rede nicht verstanden!)

Natürlich, niemand sagt, dass bei der FIU in den letzten Jahren nicht erhebliche Probleme aufgetreten sind. Aber wenn man sich dieses Gesetz der Koalition anschaut, dann muss man mal sagen: Das ist angemessen, das ist richtig, und das ist wichtig. – Ich will auch sagen, warum: Natürlich müssen wir eine gesetzliche Grundlage für den Einsatz von Technologie, von künstlicher Intelligenz, schaffen. Das liegt daran, dass das Bundesverfassungsgericht zu Recht hohe Hürden aufgebaut hat, wenn wir in so einem Bereich künstliche Intelligenz und selbstlernende Systeme einsetzen wollen. Es ist absolut richtig, dass die Koalition hier gesetzliche Grundlagen dafür schafft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und es ist auch hervorragend – dazu haben Sie nichts gesagt –, dass wir die parlamentarische Kontrolle für dieses Gremium jetzt endlich einführen.

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Wir haben das ja vorgeschlagen! Lesen Sie doch unseren Antrag!)

Es wird ein parlamentarisches Kontrollgremium für die Financial Intelligence Unit geben, und in dieses darf am Ende auch die Union Vertreterinnen und Vertreter entsenden. Und das ist genau richtig; denn dort können dann alle Fragen gestellt werden, dort kann überprüft werden, welche Risikofilter von der FIU zum Beispiel im Kampf gegen Geldwäsche eingesetzt werden. Damit haben wir auch mehr Klarheit und mehr Transparenz. Wie kann man eigentlich gegen mehr parlamentarische Kontrolle und mehr Transparenz sein, frage ich mich da, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)